

Rhein- und Lothar-Anzeiger

Amts-Blatt der

Stadt Nastätten.



Der Bezug des dreimal wöchentlich (Dienstag, Donnerstag und Samstag) erscheinenden Rhein- und Lothar-Anzeiger kostet in Nastätten sowie bei den auswärtigen Agenturen monatlich Mk. 2.—, frei ins Haus durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. 6.—. Bestellungen können jederzeit erfolgen.

Abgelagert finden im Rhein- und Lothar-Anzeiger weitestgehende Verbreitung und werden die 6-spaltigen Nonpareil-Zeile oder deren Raum mit 50 Pfa., die 8-spaltige mit Mk. 1.50 berechnet. Bei mehrmaliger Aufnahme Rabatt nach Tarif. Im Falle gerichtlicher Verurteilung fällt jeglicher Rabatt fort.

Begründet 1878.

Druck und Verlag: Mülbacher Buchdruckerei in Nastätten.

Verantwortlich für die Schriftleitung: Paul Müller, Nastätten.

Begründet 1878

Nr. 93 Nastätten, Dienstag, den 9. August 1921 44. Jahrgang

Die deutschen Parteien.

Die deutschen Parteien werden in der bevorstehenden Reichstags-Session zu beweisen haben, ob sie entschlossen sind, aus den Lehren der Vergangenheit Konsequenzen für die Zukunft zu ziehen. Die größte Lehre der vergangenen Jahre besteht darin, daß wir mit der bisherigen Ausgabenwirtschaft zu immer neuen Steuern gelangen, die jetzt durch das Ultimatum zu einer Höhe anschwellen, daß sie zusammen mit den hohen Lebensmittelpreisen unerträglich sind. Die Reichsregierung setzt jetzt ein Steuerprogramm fest. Es ist natürlich der Genehmigung des Reichstags unterworfen, und findet dieser etwas Besseres, so wird sich auch die Reichsregierung nicht weigern, sich damit zu befassen.

Es liegt klar zutage, daß durch ein einseitiges Vorgehen jeder einzelnen Partei nichts zu erzielen ist, daß die Parteien zum mindesten in Gruppen zusammenstehen müssen. Da es voranzusehen ist, daß die sozialdemokratische Tendenz sich auch in bestimmten Anträgen geltend machen wird, müssen die bürgerlichen Fraktionen Klarheit darüber schaffen, wie sie sich in ihrer Gesamtheit zu diesen Vorschlägen stellen werden. Es wird diesmal zu einer Entscheidung darüber kommen, praktischer Steuerdienst oder Sozialisierung. Wir werden ohnehin eng genug an die Grenze der letzteren bei dem ungeheuren Steuerbedarf gedrängt werden (schon durch die Monopole), und es besteht also dringende Notwendigkeit, darauf zu achten, daß die Grenze nicht überschritten wird.

Es kommt nicht darauf an, daß die neuen Steuern einzeln oder in ihrer Gesamtheit dem bisherigen steuerpolitischen Programm entsprechen, es kommt nur darauf an, daß sie Hand und Fuß haben. Parteivalidität darf dabei nicht obwalten. Vielleicht entdecken wir sogar noch eines Tages einen Staatsmann auf steuerlichem Gebiet von der Bedeutung eines Miquel. Parteien dürfen sich auch nicht zu einem Wettrennen um die Gunst einzelner Wählergruppen und zu weitgehenden Versprechungen hinreißen lassen, welche das ganze Volk über die Mahlen belastet. Geseh sollte es für jede Partei sein, keinem Steuerzahler neue Lasten aufzuerlegen, der kein Mehreinkommen zu erwarten hat.

Damit das Ultimatum erfüllt werden kann, müssen die deutschen Parteien auch feststellen, daß die Erledigung der Aufgaben, die sie sich selbst bisher in idealer Weise gestellt hatten, so lange beschränkt werden muß, bis die Steuerfrage in geregelte Bahnen gelenkt worden ist. Es geht nicht an, daß wir uns noch Klein- und Eisenlasten in Wohlfahrtsaufgaben auf die Schultern packen, während wir alle Taschen voll von Steuerzetteln haben, die uns zu Boden ziehen. In den Ausgaben für die Erreichung dieser idealen Ziele muß das Reich entlastet werden, weil sie neben den Reparationssteuern und den Lebensmittelpreisen nicht mehr zu tragen sind.

Es muß trocken herausgesagt werden, daß Reichsregierung und Parteien zum nicht ganz geringen Teil in der Milliardenwirtschaft das haushälterische Rechnen verlernt haben, sie denken, daß Volk kann bei den hohen Einkommen mehr als sonst aufbringen. Das geschieht schon. Aber die Grenze ist nahe, sie ist erreicht für diejenigen, die keine hohen Einkommen haben. Auf das, was wir vielleicht noch bekommen, können wir keine Häuser bauen. Ein Bau auf sandigem Boden kommt über Nacht ins Rutschen und fällt ein.

Die Zwangshypothek im neuen Gewande.

Der Plan des Reichswirtschaftsministers zur Besteuerung des Grundbesitzes mit einer 20prozentigen Zwangshypothek auf der Grundlage des Wachsen Friedenswertes scheint im Augenblick wenig Aussicht auf Verwirklichung zu haben. Schon taucht ein neuer Plan auf, der auf andere Weise die Belastung des Grund und Bodens für die Erfüllung des Ultimatum erreichen will. Der Grundstückswert nach dem Wehrbeitrag von 1913 wird zu Grunde gelegt, dieser Wert wird mit 5,5 multipliziert, um den heutigen Wert in Papiermark zu erhalten. Es wird dabei angenommen, daß die Landwirtschaft vor dem Kriege einen jährlichen Reinerwerb von 262 Millionen

Goldmark gehabt habe. Durch Freigabe des Getreides nach Lieferung des Umlagesolls würde die Landwirtschaft einen weiteren Gewinn von 4-5 Milliarden Papiermark und 1922, nachdem alle Schranken der öffentlichen Bewirtschaftung gefallen sind, noch darüber hinaus 3-4 Milliarden Papiermark erzielen. Von dem mit 5,5 multiplizierten Werte nach dem Wehrbeitrag sollen 20 Prozent als Reichshypothek zu fünf Prozent eingetragten werden. Der hierdurch erzielte Ertrag wird auf 5,6 Milliarden Mark geschätzt. In ähnlicher Weise wird auch die Einschätzung des städtischen Grundbesitzes erfolgen. Der Steuerertrag hierfür wird auf 5,4 Milliarden Mark veranschlagt.

Bemerkenswert an dem Plan ist, daß der „Goldwert“ schon wesentlich billiger geworden ist. Der Grundgedanke der Zwangshypothek ist aber derselbe geblieben. Wenn an ihm festgehalten wird, so scheinen die leitenden Kreise dabei entscheidenden Wert auf den Eindruck zu legen, als würde durch die Zwangshypothek auf den gesamten Grundbesitz und durch die entsprechende Belastung von Gewerbe und Handel nur der Besitz getroffen. Man tut so, als habe man an dem Scheidewege gestanden: Substanzerfassung oder Verbrauchsbelastung? Da habe man sich — so sollen die breiten Massen zunächst annehmen — für die Erfassung der Substanz entschieden. — Aber nur den Armen im Reiche des Geistes kann, bis zum Herbst, Trost aus der trügerischen Hoffnung fließen, daß es sich in der Tat werde vermeiden lassen, den Milliardenbeitrag zum weitaus größten Teile auf den Verbraucher abzubürden. Bei der Landwirtschaft z. B. muß jeder Eingriff in das Betriebsvermögen sich alsbald in einer Verringerung der Erzeugung oder in einer Erhöhung der Herstellungskosten ausdrücken; in beiden Fällen ist der Verbraucher der Leidtragende. Ist's nicht beim städtischen Grundbesitz das gleiche? Hat nicht der Mieter zu zahlen, was dem wahrlich nicht auf Rosen gebetteten Hausbesitzer aufgewuchtet wird?

Der Reichstag tritt am 6. September wieder zusammen. Auf der Tagesordnung stehen die Steuerangelegenheiten. Bis dahin gilt es, die weitere Entwicklung wachsamem Auge zu verfolgen, damit nicht den Vorkämpfern der Zwangshypothek ein Ueberraschungssieg in den Schoß fällt.

Schon wieder eine neue Steuer!

Durch die Presse geht die Nachricht, daß das Reich auf sämtliche Fahrzeuge, die nicht auf Schienen laufen, eine Steuer einzuführen beabsichtigt. Der Ertrag der Steuer soll zur Unterhaltung der Straßen verwendet werden. Begründet wird die Steuer, indem man sagt, wer die Straßen benützt, soll sie auch unterhalten. Das klingt sehr schön und gerecht.

Wie ist aber die Wirkung auf die Landwirtschaft? Wagen sind für die Landwirtschaft Betriebsmittel. Selbst ein kleiner Betrieb braucht zwei Wagen, und mittlere und große Betriebe brauchen eine ganze Anzahl der verschiedensten Fahrzeuge für alle möglichen Zwecke. Man wird nicht fehl gehen, wenn man auf je 10 Morgen Land mindestens einen Wagen rechnet, so daß ein Hof mit 100 Morgen mindestens 10 Wagen dastehen hat, darunter einige Spezialwagen, die nur bestimmten Zwecken dienen und deshalb nur verhältnismäßig kurze Zeit im Jahre gebraucht werden. Nun soll der Bauer für jeden dieser Wagen eine Steuer bezahlen, weil er damit die Straßen benützt.

Wie sieht es denn mit der Benützung der Straßen aus? Die meisten der Wagen kommen überhaupt nie auf eine Landstraße. Auf Feldwegen und teilweise Privatwegen der Landwirte wird mit den Wagen vom Hof aufs Feld und vom Feld auf den Hof gefahren, ohne daß in vielen Fällen eine öffentliche Straße benützt wird. Nur mit dem einen oder anderen Wagen wird mal auf den Bahnhof oder nach der nächsten Stadt gefahren. Trotzdem soll der Bauer für jeden einzelnen seiner Wagen, die er auf dem Hofe stehen hat, eine besondere Wagensteuer bezahlen.

Die Wagen sind, wie schon oben erwähnt, für den Landwirt Betriebsmittel. Er braucht sie für sein Gewerbe so nötig wie seinen Pflug oder seine Egge, so nötig wie der Handwerker sein Werkzeug braucht. Und dieses Handwerkzeug will man ihm noch besteuern! Steien aber dann die

landwirtschaftlichen Produkte im Preis, dann geht ein Geschrei los über die Bauern, die nicht genug für ihre Erzeugnisse fordern können. Dabei arbeitet der Bauernstand am billigsten von allen Ständen.

Was hat man vor?

Das Schicksal des oberschlesischen Grenzgebietes.

Die Pariser Agentur Radio meldet: Da die deutsche öffentliche Meinung durch die in Bremen gehaltene Rede des Reichskanzlers Dr. Brüning „irregeleitet“ wird, in der er auch verlangte, daß ganz Oberschlesien an Deutschland fallen solle, veröffentlicht das Londoner Auswärtige Amt eine bedeutsame „Richtigstellung“. Es erklärt, daß die endgültigen Beschlüsse bezüglich des größten Teiles Oberschlesiens bereits gefällt worden seien, und daß nur das Los derjenigen mittleren Teile Oberschlesiens, in denen sich die Ziffern der deutschen und der polnischen Stimmen annähernd gleichen, noch nicht entschieden sei. Dagegen könne das Schicksal des anderen Teiles von Oberschlesien nicht mehr erörtert werden.

Von diesem angeblichen offiziellen englischen Kommuniqué habe man bis dahin in Paris amtlich noch keine Kenntnis. Es ist also wohl möglich, daß es sich um eine Bluffmeldung handelt. Andererseits ist es nicht ausgeschlossen, daß man hierbei an den Vorschlag des englischen und des italienischen Abstimmskommissars denkt, wonach die nördlichen und westlichen Kreise mit unabweisbarer deutscher Mehrheit schon jetzt zu Polen kommen sollen. Das eigentliche Industriegebiet dagegen vorerst neutralisiert werden soll.

Von hervorragender, vollkommen zuverlässiger Seite hat der Berichterstatter des „Manchester Guardian“ in Paris die Nachricht erhalten, daß ungefähr vor einer Woche Briand einem Vertreter der polnischen Regierung in Paris mitgeteilt habe, daß, wenn Frankreich bei der kommenden Sitzung des Obersten Rates in Paris eine polenfreundliche Politik verfolgen, es isoliert sein werde. Wenn Frankreich versuchen sollte, irgendwelche der anderen alliierten Mächte für seinen Standpunkt zu gewinnen, so müßte es in London, Rom und vielleicht sogar in Brüssel Zugeständnisse machen. Diese Zugeständnisse würden zu der Untergrabung der Regierung Briands und vielleicht zu deren Sturz führen. Die Frage der Zugeständnisse sei schwierig, da die griechischen Siege die Stellung Englands in Kleinasien gestärkt und die Stellung Frankreichs geschwächt hätten.

Frankreich sei tatsächlich nicht in der Lage, in Oberschlesien eine antienglische Politik zu treiben. Es könne es sich nicht leisten, Polens wegen einen Bruch mit England zu riskieren.

Wenn dagegen Oberschlesien neutral würde, dann würden die Interessen Frankreichs auf dem europäischen Festland eher gewinnen als verlieren. Frankreich wäre dann in der Lage, ein starkes reguläres Heer in Oberschlesien zu unterhalten. Dies würde für Frankreich sowohl anläßlich eines russisch-polnischen Krieges, als auch bei ernstlichen Verwicklungen mit Deutschland von Vorteil sein.

Der Korrespondent des „Manchester Guardian“ berichtet, Polen sei dem Neutralisationsplan feindlich, denn es wünsche einen Anteil an Oberschlesiens materiellem Reichtum, selbst wenn es nur Plek und Rubnik erhalte. Deutschland widersehe sich selbstverständlich diesem Plan noch mehr als Polen. Es bestehe tatsächlich mehr Grund zur Verurteilung für das Deutsche Reich, als dieses sich überhaupt vergegenwärtige.

Belgien ist nicht zugelassen.

Die englische Regierung erklärt in einer offiziellen Note, daß die Bestimmungen des Friedensvertrages eine Teilnahme Belgiens an den Erörterungen des Obersten Rates über Oberschlesien nicht gestatten. Die Frage, ob die belgische Regierung zu anderen Beratungen eingeladen werden soll oder nicht, hänge von den Gegenständen ab, die auf der nächsten Session des Obersten Rates erörtert werden sollen.

Der erwartete Schritt.

Die drei Ententebotschafter bei Dr. Rosen.

Halbamtlich wird mitgeteilt: Die Anwesenheit des Truppentransportes nach Oberschlesien hat nunmehr ihre Erledigung gefunden. Mittwoch mittag erschienen bei dem Reichsminister des Auswärtigen der französische Botschafter und der italienische Geschäftsträger und überreichten ihm nachstehende Note:

„Der Botschafter Frankreichs, der Botschafter Englands und der Geschäftsträger Italiens beehren sich im Auftrage ihrer Regierungen, die deutsche Regierung zu ersuchen, diejenigen Vorkehrungen zu treffen, um durch alle möglichen Mittel den Transport alliierter Truppen durch Deutschland zu erleichtern, den die Lage in Oberschlesien in jedem Augenblick nötig machen könnte.“

Es wurde mündlich noch hinzugefügt, daß es sich hierbei nicht um ein Ersuchen handle, schon jetzt Truppen zu befördern, sondern um die grundsätzliche Vereiterklärung Deutschlands, dies auf eine spezielle Aufforderung der drei Mächte hin zu tun.

Der Reichsminister des Auswärtigen antwortete, daß dieses Verlangen dem Leitens der deutschen Regierung in dieser Angelegenheit eingenommenen Standpunkt entspreche. Er erklärte sich bereit, in diesem Sinne mit dem Reichsverkehrsminister in Verbindung zu treten.

Die Vorgeschichte der Ententeforderung.

Hieran anschließend wird halbamtlich die Reihenfolge der verschiedenen französischen Schritte und deutschen Gegenritte seit 16. Juli in der Frage des Truppentransportes ausführlich dargestellt. Nach der amtlichen Darstellung scheint das Auftreten des französischen Botschafters bei seiner Forderung sehr schroff gewesen zu sein. Dieser Bericht schließt mit der Mitteilung, daß die Reichsregierung in ihrem letzten Schreiben an Laurent erneut erklärt habe, daß sie im Einklang mit ihrer Auffassung über den Truppentransport die Entscheidung des Obersten Rates anerkennen würde. Auf diese letzte Mitteilung des deutschen Standpunktes sei der jetzt gemeldete Schritt der alliierten Regierungen erfolgt, durch den die Angelegenheit nunmehr ihre Erledigung gefunden habe.

Botschafter Laurent ist Mittwoch abend nach Paris abgereist.

Ein Appell in letzter Stunde.

Deutschlands verbrühtes Recht auf Oberschlesien.

Die „Schlesische Volkszeitung“ veröffentlicht eine oberschlesische Sondernummer, in der in letzter Stunde namhafte Politiker einen Appell an die Staatsmänner der Entente richten. Reichskanzler Dr. Brüning sagt unter anderem:

Das deutsche Volk hat ein bewundernswertes Beispiel aufrichtigster Friedensliebe während des Aufstandes an den Tag gelegt. Ohne Parteiunterschied aber besteht es auf seinem verbrühten Recht auf Oberschlesien. Deutschland gibt den geringen polnischen Minderheiten dieselbe Freiheit, die es für die große deutsche Minderheit in Anspruch nimmt, die ohne Volksabstimmung zu Polen geschlagen wurde. Im Interesse Europas und des demokratischen Fortschritts aber müßte es, stehend auf sein gutes Recht, gegen eine Regelung der oberschlesischen Frage protestieren, welche den Chauvinismus auf allen Seiten predige und einen unauslöschlichen Brandherd im Osten Europas schaffen würde. Ich ergreife die Gelegenheit, um noch einmal zu danken den Oberschlesiern für ihre Treue, dem deutschen Volk für sein festes kluges Zusammenstehen, den oberschlesischen Soldaten jedweder Art, den stillen Kämpfern in den von der Polonisierung besonders bedrohten Gebieten, den selbstlosen mutigen Leitern und Organisationen des deutschen Abwehrkampfes und nicht zuletzt der Presse aller deutschen Parteien in Oberschlesien und im Reich.

Der preussische Minister des Innern Dominicus teilt die Maßnahmen mit, die zur Fürsorge für die vertriebenen Beamten getroffen worden sind.

Es geht um Leben und Sterben Deutschlands.

Der Führer der ober-schlesischen Notwehr, Generalleutnant a. D. Dörfner, ein geborener Oberschlesier, sagt u. a.:
Bei Ober-schlesien geht es um Leben oder Sterben des Deutschen Reiches.

Einigkeit vor allem.
In einer Besprechung des preussischen Ministers des Innern mit Vertretern der Parteien und der Presse im Breslauer Oberpräsidium kamen alle inner- und ausenpolitischen Seiten der ober-schlesischen Frage zur ausführlichen Erörterung.

Oberschlesiens wirtschaftliche Bedeutung.
Was Deutschland ohne Oberschlesien wäre.
Die Reichsregierung hat unter dem Titel „Die wichtigsten wirtschaftlichen Folgen einer Abtrennung Oberschlesiens von Deutschland“ eine Druckschrift herausgegeben.

Die Industrie aber allein gibt Deutschland die Möglichkeit, seine Bevölkerung von über 60 Millionen, von denen 10 Millionen von den Erzeugnissen des Heimatlandes leben können, zu ernähren.

Auch die Rückwirkung auf die Weltwirtschaft wäre katastrophal. Als Käufer auf dem Weltmarkt würde Deutschland auscheiden.
Die Interalliierte Kommission sieht sich auf Grund des zunehmenden Terrors der Polen, besonders der Gewalttätigkeiten gegenüber Arbeitern, endlich veranlaßt, im Interesse des Arbeitslebens folgendes anzuordnen:

„Auf den Gruben und Werken im ober-schlesischen Bergwerks- und Hüttenbezirk ist es in letzter Zeit wiederholt zu Tötungen und Ausschreitungen gegen einzelne Beamte und Andersdenkende gekommen. Dieser Zustand hat häufig bedauerliche Differenzen, welche die Arbeitsmöglichkeit auf das empfindlichste stören, ergeben.

Der Einfluss der Reparationsleistungen auf die deutsche Volkswirtschaft.
Das preussische Handelsministerium schildert in einem Bericht über Handel und Gewerbe im Monat Juli den Einfluss der fort-schreitenden Ausführung der Reparationsleistungen auf die deutsche Volkswirtschaft.

Polnische Freiheit.
Nach Warschauer Meldungen hat die polnische Regierung bei den alliierten Mächten den Antrag gestellt, als Mitglied zur Interalliierten Militärkontrollkommission des Generals Rollet in Berlin zugelassen zu werden.

Wer falsch rechnet, rechnet zweimal.
Das sollten sich auch die Helgoländer merken, die wieder zu England hin möchten, weil sie keine Lust haben, auch einen sehr bescheidenen Teil der neuen Reichseinkommensteuer zu tragen.

Die Kürzung der Pensionen.
Der von der Nationalversammlung und dem Reichstag in mehreren Entschliessungen geforderte Gesetzentwurf zur Kürzung der Pension bei Versorgungsberechtigten, die ein Einkommen aus gewinnbringender Beschäftigung außerhalb des Reichs oder Staatsdienstes beziehen, ist nunmehr fertiggestellt.

den Ausführung der Reparationsleistungen auf die deutsche Volkswirtschaft. Sie bewirkte eine weitere Senkung des Marktkurses und brachte im Zusammenhang mit dem Herbst geplanten neuen Steuern Zeichen für ein Fortschreiten der Teuerung mit sich.
Steigerungen der Rohstoffpreise, Vohnerhöhungen im Hinblick besonders auf die bevorstehende Brotpreiserhöhung, kurz, ein Steigen der Produktionskosten und damit auch der Warenpreise wurden von manchen Seiten befürchtet.

Polnische Freiheit.
Nach Warschauer Meldungen hat die polnische Regierung bei den alliierten Mächten den Antrag gestellt, als Mitglied zur Interalliierten Militärkontrollkommission des Generals Rollet in Berlin zugelassen zu werden.

Wer falsch rechnet, rechnet zweimal.
Das sollten sich auch die Helgoländer merken, die wieder zu England hin möchten, weil sie keine Lust haben, auch einen sehr bescheidenen Teil der neuen Reichseinkommensteuer zu tragen.

Polizei im Danziger Parlament.
Am Tage des mißglückten Generalstreiks kam es im Danziger Volkstage zu einem Zusammenstoß, wie er in der Geschichte des Danziger Parlaments noch nicht dagewesen ist.
Die Regierung hatte die Bannmeile um das Volkshaus und Regierungsgebäude durch starke bewaffnete Sicherheitswehrruppen und Stacheldrahtverhänge schützen lassen und das Parlamentsgebäude selbst mit Polizei besetzt.

Die Kürzung der Pensionen.
Der von der Nationalversammlung und dem Reichstag in mehreren Entschliessungen geforderte Gesetzentwurf zur Kürzung der Pension bei Versorgungsberechtigten, die ein Einkommen aus gewinnbringender Beschäftigung außerhalb des Reichs oder Staatsdienstes beziehen, ist nunmehr fertiggestellt.

men des Beamten und seiner Pension, wobei die Alterszuschläge, Arzts- und Verpflegungszulagen außer Ansatz bleiben.
B. B. Differenz zwischen 35.000 Mark Gehalt und 15.000 Mark Pension 20.000 Mark, bei einem Einkommen in dieser Höhe findet mithin eine Kürzung nicht statt; beträgt aber das Einkommen etwa 24.000 Mark, so wird die Hälfte vom Ueberschuss (also 2000 Mark) von der Pension in Abzug gebracht.

Wieder eine bankrotte deutsche Stadt.
Der Bürgermeister der durch ihre Pfeifenindustrie bekannten thüringischen Stadt Ruhla teilte in der letzten Gemeinderats-sitzung mit, daß er keine Mittel mehr habe, von der nächsten Woche ab Gehälter und Löhne auszuzahlen.

Reichsernährungsminister Dr. Semmer wird im August eine Reise nach Ostpreußen unternehmen, um Einblick in die gegenwärtige Wirtschafts- und Ernährungslage Ostpreußens zu bekommen.

Der Ministerialrat im Reichsfinanzministerium Dr. Semmer ist zum Staatssekretär der Reichsfinanz ernannt worden.

Der badische Landtag wählte den bisherigen Staatspräsidenten Trunkl, dessen einjährige Amts-dauer abgelaufen war, einstimmig wieder, desgleichen seinen Stellvertreter, den Minister des Innern Remmel.

Bei der Wiederkehr des Tages, an dem vor zwei Jahren die Reichsverfassung in Kraft trat, wird am 11. August 12 Uhr mittags im Opernhaus auf Veranlassung der Reichsregierung eine Gedenkfeier stattfinden.

Durch Entlassung von weiteren 191 Reichswehr-Offizieren ist die von der Entente geforderte Verminderung der Disziplinstellen vollkommen erfüllt.

Die deutsch-tschechischen Verhandlungen wegen Abtretung der Elbischiffe sind abgeschlossen; zwischen beiden Parteien ist volle Uebereinstimmung erzielt worden.

Zur Leitung der Polizeiangangehen Preußens ist an Stelle des Ministerialdirektors Dr. Wegg der Polizeioberst Friedrich berufen worden.

Nach den Meldungen aus Oberschlesien ist mit dem Ausbruch des vierten Polenaufstandes in den allernächsten Tagen zu rechnen.

Die Polen treffen militärische Angriffsmaßnahmen nicht nur an der ober-schlesischen, sondern auch an der ostpreussischen Grenze.

Ausland.

Rußland.
Unter dem Einfluß des Notstandes in Rußland hat die Volksströmung für die Wiedererrichtung des Zarenthrones eine sehr breite Wirkung genommen.
Es ist diesmal keine ausgeprophete politische Agitation, die sich geltend macht, sondern eine Art von frommem Volksglauben, eine Art heiliger Ueberzeugung.

Tschecho-Slowakei.
Die tschechischen Gewalttaten in Böhmen. Die deutschen Abgeordneten und Senatoren haben angeichts der Meldungen über die blutigen Ereignisse in Postelberg, Aussig und in anderen deutschen Städten sowie wegen der Bereitwilligkeit der staatlichen Verwaltungsbehörden, derartige Gesetzwidrigkeiten zu unterstügen und zu decken, beschloffen, allen Diskussionen und Ausschussberatungen des Parlaments bis zur Klärung der Sachlage fernzubleiben.

Die tschechischen Gewalttaten in Böhmen. Die deutschen Abgeordneten und Senatoren haben angeichts der Meldungen über die blutigen Ereignisse in Postelberg, Aussig und in anderen deutschen Städten sowie wegen der Bereitwilligkeit der staatlichen Verwaltungsbehörden, derartige Gesetzwidrigkeiten zu unterstügen und zu decken, beschloffen, allen Diskussionen und Ausschussberatungen des Parlaments bis zur Klärung der Sachlage fernzubleiben.

Eröffnung der Debatte wurde aber abgelehnt.

England.
Nach „Friedensschluß“. In einem Artikel der „Daily Mail“ wird Stimmung dafür gemacht, die deutschen Fischerdampfer von den englischen Fischmärkten auszuschließen.
Die Mehrheit der nach dem holländischen Fischerhaken Amuden verkehrenden Fischdampfer bringe deutsche Fänge an den Markt, weshalb auch die holländischen Fischerfahrzeuge aus Amuden abgelehnt werden müßten.

Türkei.
Das russisch-türkische Bündnis. Savog meldet aus Konstantinopel, daß der kürzlich von der Nationalversammlung von Angora ratifizierte türkisch-russische Vertrag unter anderem folgende Bestimmung enthält:
Rußland verpflichtet sich, keine internationale Regelung anzuerkennen, der nicht die türkische Nationalversammlung zugestimmt habe.

Der Abg. Cincinato Brega wurde zum Vertreter Brasiliens beim Völkerbund ernannt.

General Brussilow ist angeblich auf dem Wege nach Angora. Eine türkische Delegation ist nach Moskau abgereist, um den türkischen Vertrag zu ratifizieren.

In Prag wurde der Bundesvertrag zwischen Südslawien und der Tschechoslowakei unterzeichnet.

Aut Telegramm aus Melilla ist die Stellung von Marbo von den spanischen Truppen geräumt worden.

Die englische Regierung hat die amerikanische Regierung wissen lassen, daß ihr der 11. November als Tag der Abrüstungskonferenz genehm sei.

Der militärische Aufstand in Lissabon ist niedergeschlagen die Regierung ist nach ihrer Angabe Herr der Lage.

Die Gerüchte, daß Kaiser Karl heimlich wieder in Ungarn eingetroffen sei, werden für falsch erklärt.

Im englischen Unterhause wurde mitgeteilt, daß das Kabinett unter dem Vorsitz von Eric Geddes einen Ausschuss von Geschäftsleuten ernannt habe, der sich mit der Frage der Herabsetzung der Ausgaben befassen soll.

Das Ende der Tauschmaisaktion.

Die Reichsgetreidestelle hat in einer Verordnung besonders darauf hingewiesen, daß für Getreideablieferungen, die erst nach Ablauf des 30. Juni 1921 erfolgen, Bezugscheine für Tauschmais nicht mehr ausgestellt werden dürfen.

Die Polen treffen militärische Angriffsmaßnahmen nicht nur an der ober-schlesischen, sondern auch an der ostpreussischen Grenze.

Heimatliches.

Rastätten, 8. August 1921.
Im Kranz der Silbermyrthe begehen am morgigen Tage die Eheleute Landwirt Karl Järber und Frau Elise geb. Hell das Fest der Silbernen Hochzeit.

Personalnachrichten. Unser vorübergehender Bürgermeister, Herr Lange, zur Zeit Bürgermeister in Weiskrüger (Schlesien), stattete letzte Woche seinem früheren Wirkungskreis Rastätten einen kurzen Besuch per Auto ab.

Rageneisbogen, 7. Aug. Die Maul- und Klauenseuche ist in dem benachbarten Viehrich ausgebrochen.

Rüdesheim, 5. Aug. In einer hier stattgehabten Innungs-Versammlung aller selbstständigen Müllermeister des Kreises wurde Beschluß darüber gefaßt, den Wahllohn für die diesjährige Getreideverarbeitung wie folgt festzusetzen: bei Mahlen mit Wasser auf 12 Mark

Der Herr des Codes.

Roman von Karl Rosner.

35] Nachdruck verboten.
„Dart ich dich morgen vormittag irgendwo erwarten — ich meine in der Stadt — oder im Alexanderpark — oder im Brunnenwald? Wir gehen dann zusammen und erzählen uns, und ich bin neben dir?“
„Mutter —!“ Von einer stillen, betnache mitleidigen Gärlichkeit war seine Stimme.

Gestalt — wie schlank sie ist — nur voller, ausgeglichener als damals — Und dieses wundervolle, braune Haar mit seinem Kupferglanz —!
„Aber er sah nicht wieder auf sie hin. Dort auf der dunklen Ertrubenbank lagen sein Hut, sein Stock, die Handschuhe — Er nahm sie auf, er wollte gehen. Da hörte er einen ganz leisen Ruf und schaute, daß sie sich sah bewachte — Und wie er sich umblökte, stand sie zu ihm gewendet und streckte ihm die Hand entgegen.
„Herr von Herstorff — ist das möglich?“
Er nickte nur und suchte ein Lächeln. Seine Lippen zuckten, aber die Kehle war ihm so trocken, er sprach nicht. Nur ihre Augen trafen sich, und die seinen sagten: Ja — es ist so — Dann beugte er sich rasch über die Hand, die immer noch vor ihm war und sich jetzt ein wenig unsicher bewachte, und küßte sie.

rera sah die Nummerlosae durch. Er selbst kam, wie auch an den vorhergehenden Abenden, erst zum Schlusse vor der aronen Pause — bis dahin blieb ihm noch über-aenug Zeit. Eine Weile noch stand er still und sah vor sich hin. Er hatte die Hand-schuhe noch an den Händen, nur die aronen Knöpfe des grauen Mäntels hatte er geöff-net. Prästend drehte er sich dann langsam auf dem Absatz um und pliff dabei ein wenig durch die Zähne. Hier bleiben? dachte er. — nein, nein! Er hob den Kopf. Die Luft in diesem engen Raum schien ihm noch schlechter und noch drückender als sonst, und diese Unruhe, die immer noch in ihm war, trieb ihn weiter. Einen Blick warf er noch auf die Uhr, dann ging er wieder. Er wollte noch hinauf in das Sekretariat, um da zu hören, ob es irgend etwas Neues für ihn gäbe und wollte auch noch einmal mit dem Oberstaatsminister über „Gibsonair“, die braune Stute, sprechen, die er jetzt täg-lich morgens reiten wollte.

Er hatte seine Zähne scharf aufeinander-gepreßt, er zwang sich mit Gewalt zur Ruhe. Dabei dachte er jetzt: Es ist doch kein Wunder — ich bin eben nervös geworden. Gestern die schlechte Nacht — und heute dieses Wiedersehen mit der Mutter und mit der anderen — Und dann der Sekt zum Lunch — das war nicht gut, das war ein Unstun gewesen, das wollte er in Zukunft lassen. Er nahm sich vor, heute gleich nach der Vorstellung an Bett zu gehen. Wenn er erst wieder gründlich ausgeruht war, dann würde sich auch dieser dumme Zustand geben.
Länger, als sonst seine Art war, blieb er dann oben im Sekretariat, sprach über gleichgültige Dinge mit dem Sekretär, einem ehemaligen Drabikelläufer, der nach einem Verunsinnfall, der ihm ein lahmendes Bein hinterlassen hatte, hier im Verwal-tungsdiens untererkommen war — blät-terte, eine Zigarette rauchend, in einem paar aufliegenden Nachrichten — und hatte bei dem allen ein Gefühl des Aderns. Da war aus diesem jähren rätselhaften Schreck von früher etwas in ihm geblieben, das gleich einem Nachhallern der Nerven war, ein unruhvolles Mahnen. Unklar und halbverwischt war das und kam ihm kaum voll zum Bewußtsein. Aber es lenkte doch dabei sein Tun und Lassen, ließ dieses Widerstreben nicht zu Ruhe kommen, das in ihm war, und das ihn immer wieder bleib-t: noch nicht in diese Garderobe — in dieses Kostüm — Noch nicht allein sein leib —.
Dann ging er doch. Er sah in die Ställe — aber der Oberstaatsminister war jetzt in der Manege. Da schritt er an den Reihen der Pferdebestände hin, in denen sich engli-sches Vollblut und Trakehner, Seefländer, Araber, ungarische Ruder, Russen und Ar-denennenhaute reichten, und suchte selbst nach seiner Stute.

Statt besonderer Anzeige.
Gott dem Allmächtigen hat es in seinem erforschten Ratschlusse gefallen, heute früh um 5 Uhr meinen lieben Mann, unseren herzensguten Vater, Schwiagervater und Grossvater
Josef Retz
Müller und Landwirt
nach längerem, schweren, mit grosser Geduld ertragenem Leiden, versehen mit den heiligen Sterbesakramenten, im Alter von 62 Jahren zu sich in die Ewigkeit abzurufen.

Junger Hund
(schwarz-weiß) zugelassen.
Wilhelm Ludwig, Buch.
Fahr-Räder und Ersatzteile
empfehlen billigst
Erich Grewe, Caub a. Rh.
Mittwoch und Freitag
jeder Woche bin ich mit
Gemüse
hier an der Ecke des Baden-geschäftes Edmund Schüller.
Frau Theis, St. Goar.
Gruben-Sand
besser als Rheinsand zum Verputzen von Gebäuden in jeder Menge.
Gruben-Ries
grob und fein für Wegebau franco Lieferung zu haben bei
Geinrich Meyer, Eierschied.
Telefonische Bestellungen bevorzugt.
Telefon Nr. 23.

Bekanntmachung.
Die nächste Mutterberatungsstunde findet im Kaiser-Wilhelm-Heim in Nastätten am Dienstag, den 9. August 1921, nachmittags 3 Uhr, für die Orte Nastätten, Buch und Delsberg statt, wo der leitende Arzt den Müttern unentgeltlichen Rat in der Pflege und Ernährung ihrer Kinder erteilen wird.
Säuglingsfürsorge Kreis St. Goarshausen.
Bekanntmachung.
An die Einzahlung der zweiten Rate Reichs-Einkommensteuer, sowie der Gemeindesteuern, die bis zum 15. August zu erfolgen hat, wird hiermit erinnert.
Nastätten, den 6. August 1921.
Die Stadtkasse: Wollschläger.
Bekanntmachung.
Das Papiernotgeld des Rheingaukreises, der Städte Koblenz, Diez und Limburg kann bis zum 15. August ds. Js. bei der Stadtkasse umgetauscht werden. Nach dem 15. August werden die vor-bezeichneten Notgeldscheine hier nicht mehr angenommen. Bis auf weiteres kann noch das Notgeld der Städte St. Goarshausen, Caub und Wiesbaden im Verkehr bleiben. Andere Notgeldscheine werden von der Stadtkasse nicht in Zahlung genommen.
Nastätten, den 8. August 1921.
Die Stadtkasse: Wollschläger.

Krieger- u. Militärverein
„Einheit“ Nastätten.
Zur Teilnahme an der am Dienst-tag Nachmittag 2 Uhr stattfindenden Beerdigung des Kameraden J. Aeb werden die Mitglieder gebeten, pünkt-lich 1/2 Uhr am Vereinslokal („Zu schönen Aussicht“) zu erscheinen.
Um vollständige Teilnahme bitten dringend
Der Vorstand.
Kriegerverein Germania
Nastätten.
Die Mitglieder des Krieger-Vereins „Germania“ werden zur Teilnahme an der Beerdigung des Kameraden Josef Aeb gebeten. Antreten nach-mittags 1/2 Uhr am Kriegerdenkmal.
Der Vorstand.
Herren - Friseurkämme
Damen - Friseurkämme
Staub - Kämme
Schnurrbart - Kämme
empfehlen
Friseurgeschäft Anton Kern
Nastätten : Hauptstraße.

Jagd-Verpachtung.
Die hiesige Gemeindegagd, die am 23. Juli ds. Js. pachtfrei geworden ist, wird
Samstag, den 13. August 1921,
nachmittags 2 1/2 Uhr, auf der Bürgermeisterei öffentlich meistbietend auf 9 Jahre verpachtet.
Der Jagdbezirk umfasst 250 Hektar Wald und Feld und hat einen guten Wildstand.
Mappershain bei Langenschwalbach,
den 1. August 1921.
Der Jagdvorsteher: Fischer.

Couristen- Karten
jeder zu haben
Müller'sche Buchhandlung
Nastätten : Bahnhofstraße.
Kaloderma - Rosier - Seife
Fidelitas - Rosier - Seife
jeder zu haben
G. Bleutge, Drogerhandlung.
Stets frische
Schnitt-Blumen
(loose und arrangiert)
empfehlen
Gärtnererei E. Wölfert
Nastätten : Oberstraße.

„Jwebe“
Eine Hausfrau sagt der anderen:
Wäsche nur mit „Jwebe“
Seifen u. Seifenpulver
Es sind die besten!
Alleiniger Fabrikant
Joh. Will. Bauer,
Dampf-Fabr., Freilendiez (Lahn)
Kein Ladenlokal!
Somit keine Detailhandlung für Wiederverkäufer.

modern. Haarschmuck
in allen Preislagen.
Damen- und Herren-Frisierkämme
sowie
sämtliche Toilette-Artikel
sehr preiswert.
Damen- und Herrenfriseurgeschäft Albert Spriestersbach
Nastätten (an der evangelischen Kirche).

Salatgurken
empfehlen
Gärtnererei E. Wölfert
Nastätten : Oberstraße.
Zahnbürsten
in allen Preislagen
Zahn-Pasta:
Chlorodont, Biog, Kallifora,
Ebol-Zahnpasta, Mundwässer
zu haben in der
Amts - Apotheke Nastätten.
Neue Fruchtsäfte
frisch eingetroffen.
Kaufhaus Salomon Stern
Nastätten : : Hauptstraße.

Gasgelderhebung.
Da sich bei der Erhebung des Gasgeldes verschiedentlich Schwierigkeiten ergeben haben, so hat der Magistrat folgenden Beschluß gefaßt: „Säumige Zahler sollen zweimal zur Zahlung aufgefordert werden; hat die Aufforderung keinen Zweck, wird die Leitung abgesperrt und nur gegen Erstattung der Unkosten wieder eingerichtet.“
Nastätten, den 8. August 1921.
Der Magistrat: Wasserloos.